Wohnen. Leben. Bleiben.

Forderungen der Linksfraktion Kassel und der Partei Die Linke zur Aktionskonferenz am 6.9.25

Die Linke
Linksfraktion Kassel

Häuser stehen leer und gleichzeitig nimmt die Wohnungslosigkeit zu. Gebäude werden abgerissen – gleichzeitig fehlen Räume für Kultur und Gemeinschaft. Mieter*innen müssen immer mehr für ihre Wohnung zahlen, obwohl das Einkommen knapp ist. Auch in Kassel haben private Immobilieninvestor*innen zu viel Einfluss auf die Stadtentwicklung. Das wollen wir ändern: Die Stadt soll Grund und Boden, Wohnhäuser und öffentliche Räume sozial und ökologisch verwalten und gestalten!

Wir fordern:

1) Kein Verkauf von städtischen Grundstücken und Vorkaufsrechte nutzen!

Wenn Immobilien der Stadt gehören, ist das viel demokratischer. Was auf den Flächen und in den Gebäuden geschieht, kann dann von Initiativen und Beiräten stärker beeinflusst und von politischen Gremien direkt entschieden werden.

Das ist akut:

- Der Georg-Stock-Platz in Wehlheiden soll teilweise privatisiert werden. Das wollen wir verhindern.
- Die Stadt soll den Vier-Tore-Platz als öffentlichen Raum sichern, so wie es der Ortsbeirat Nord-Holland fordert.
- Sobald das Parkhaus abgerissen ist, muss der Garde-du-Corps-Platz in öffentlicher Hand nachhaltig und sozial entwickelt werden.

2) Leerstand nutzbar machen, Bestand schützen – Luxussanierung und Abriss verhindern!

Mindestens 300 Immobilien stehen in Kassel ganz oder teilweise leer, darunter etwa 30 große Gebäudekomplexe wie Salzmann, das ehemalige Polizeipräsidium oder die Neue Hauptpost. Statt Neubau auf der „Grünen Wiese“ (wie an der Dönche) müssen bestehende Ressourcen bestmöglich genutzt werden. Abriss für Neubau und mehr Rendite ist unverantwortlich. Bestehende Gebäude zu erhalten und umzubauen ist ökologisch meist sinnvoller und sozial verträglich.

Das ist akut:

- Die Stadt muss den Leerstand vor Ort systematisch erfassen und alle Möglichkeiten nutzen, um darin Wohnungen und Begegnungsräume zu schaffen.
- Die Verwaltung darf den Abriss nutzbarer Gebäude nicht erlauben.
- Das ehemalige Polizeipräsidium am Königstor darf nicht verkauft werden. Dort soll ein Gedenkort, studentisches Wohnen und lokale Kultur Platz finden.

3) Alle Möglichkeiten ausschöpfen für besseres Wohnen, Schutz des Klimas und der Bevölkerung!

In Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen kann die Kommune festlegen, wie ein Areal genutzt werden darf. Besonders bei Neubau oder Umnutzung kann viel festgelegt werden für eine ökologische und sozialere Stadt (u.a. durch Konzept-Vergaben). Verstoßen Eigentümer*innen gegen ihre Verpflichtungen, muss die Stadt eingreifen.

Kassel muss mehr Schutzräume in der Innenstadt und den Wohnquartieren schaffen – für Extremwetter und andere Gefahren. Öffentliche Gebäude müssen zugänglich sein und als Aufenthaltsräume dienen. Und um der Klimakrise zu begegnen braucht es deutlich mehr Tempo und Konsequenz beim Klimaschutz.

Das ist akut:

- Wir fordern rechtliche Grundlagen für experimentelles (mobiles) Wohnen am Warteberg, sodass die Bauwagengruppe dort bleiben kann.
- Bei der Bebauung des Henschel-Areals müssen die Belange der Anwohner*innen und Nutzer*innen vorrangig geschützt werden anstatt der Interessen der Rüstungsindustrie.
- Die kommunale Wohnungsaufsicht muss die Mieter*innen in der Zierenberger Straße unterstützen, damit der Vermieter endlich seine Pflichten erfüllt.
- Politische Beschlüsse im Bereich Mieter*innen- und Klimaschutz müssen in allen Bebauungsplänen eingehalten und dann auch umgesetzt werden.
- Alle städtischen Gebäude müssen zeitnah mit Solardächern ausgestattet und energetisch saniert werden. Preise für erneuerbare Energie und Wasser müssen fair und am Verbrauch orientiert sein.

4) Demokratische Initiativen unterstützen – Orte des gemeinsamen Lebens absichern!

Kostenlose Treffpunkte (drinnen und draußen), Kultur-Orte, öffentliche Kantinen und Erholungsräume sind zentral für unser demokratisches Gemeinwesen. In jedem Kasseler Stadtteil und der Innenstadt soll es frei verfügbare Nachbarschaftszentren, Gemeinschafts- und Jugendräume geben.

Eine solidarische, offene Kommune stellt sich Rassismus und Abschiebungen entgegen und hilft beim Bleiberecht. Die Stadt muss mehr dafür tun!

Das ist akut:

- Die Jugendräume in Wehlheiden müssen bleiben und verbessert werden.
- Gemeinnützige Kulturinitiativen, wie das „Gewächshaus“ (public day care) in der Innenstadt, brauchen dauerhaft städtische Räume und Finanzierung.
- Es braucht mehr solidarische Orte zur Unterstützung von Migrant*innen und Geflüchteten – statt Ausgrenzung und Einführung einer Bezahlkarte.

Darüber hinaus muss sich die Stadt Kassel für Verbesserungen auf Landes- und Bundesebene einsetzen: Für eine umweltschonende Umbauordnung, eine soziale Mieter*innen-Schutzverordnung und einen Mietendeckel!